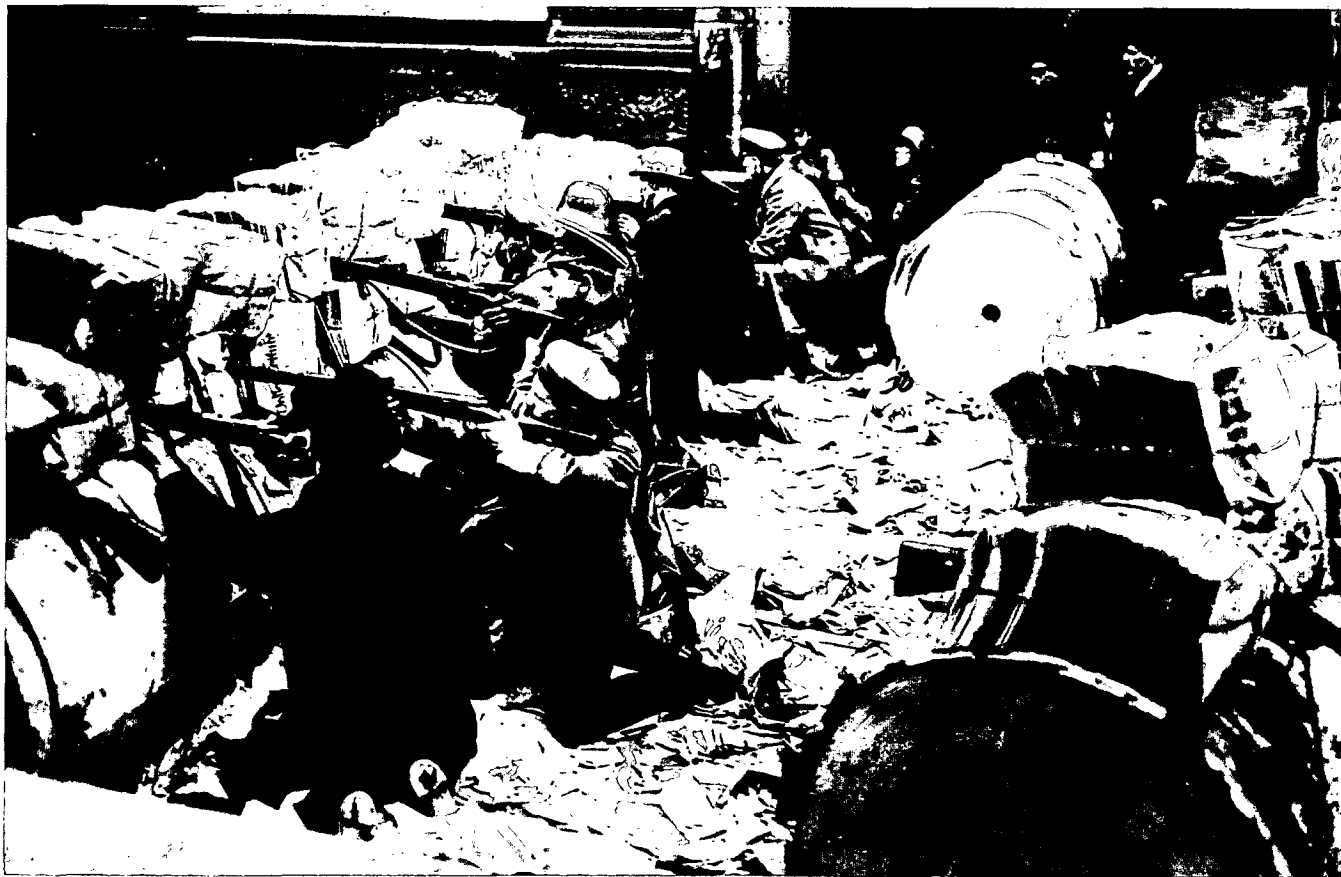




Spartakisten im Berliner Zeitungsviertel 1919: Gegen die Revolution 500 Millionen Mark

Das Große Schmieren

Korruption in Deutschland (III): Geld und Politik in der Weimarer Republik / Von SPIEGEL-Redakteur Jörg-R. Mettke

Die Berliner Börse hatte ihren Betrieb „mit Bedauern“ eingestellt. In den Großbetrieben standen die Maschinen seit vier Tagen still. Richtung Innenstadt fuhr weder S-Bahn noch Elektrische.

Am Dönhoffplatz, im Mosse-Verlagsgebäude, verschanzten sich Aufständische vom Spartakusbund hinter tonnen schweren Papierrollen. Ihre Bundesgenossen, Angehörige der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), hielten das Polizeipräsidium am Alexanderplatz wie eine Festung. Vom Anhalter Bahnhof her beschossen regierungstreue Freiwillige die Druckerei der „Roten Fahne“ in der Möckernstraße. Um Schinkels Schauspielhaus piffen die Schrapnells gleichmäßig von rechts und links; drinnen gab es Ibsens „Gespenster“.

Am frühen Nachmittag dieses 10. Januar 1919, der in den Geschichtsbüchern als Tag eines blutigen Sieges der Frei-

korps über die spartakistische Revolte verzeichnet ist, machte der rechtsradikale Publizist und ehemalige Realschullehrer Dr. Eduard Stadtler einen kleinen Spaziergang von seiner Mietwohnung in der Potsdamer Straße zu einer der allerersten Wirtschaftsadressen – zum Blumeshof am Schöneberger Ufer, dem Sitz des Verbandes Deutscher Flugzeug-Industrieller.

Dort war im kleinen Saal für 16 Uhr eine Krisensitzung des großen Kapitals angesetzt. Einberufen hatte sie Direktor Paul Mankiewicz von der Deutschen Bank, der Stadtler schon einige Wochen zuvor mit 5000 Mark zur Eröffnung eines „Generalsekretariats zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus“ unter die Arme gegriffen hatte; die noch fehlenden 3000 Mark für den Start dieser „Tarnorganisation“ (Stadtler) stiftete der liberale Politiker Friedrich Naumann aus einem politischen Fonds, den die Industrie flüssig hielt.

Für die vertrauliche Konferenz im „Flugverbandshaus“ gab es nur einen Tagesordnungspunkt: „Dr. Eduard Stadtler über ‚Bolschewismus als Weltgefahr‘“. Erschienen war eine halbe Hundertschaft Wirtschaftsprominenz, darunter Hugo Stinnes, Ernst von Borsig, Carl Friedrich von Siemens und der Stinnes-Generaldirektor Albert Vögler.

Der Referent ließ, wie er sich später erinnerte, „eine Kampf- und Mahnrede auf die 50 Herren niedersausen, wie sie es in dieser Form wohl ihr ganzes Leben hindurch noch nicht vernommen hatten“. Als Stadtler seinem Publikum die Bösartigkeit des Bolschewismus in finstersten Farben ausgemalt und schließlich „erschöpft“ geendet hatte, fühlte er einen „historischen Moment“ nahe.

Stadtler war zufrieden. Die Herren kauften sich an diesem Abend rechtzeitig in die politische Zukunft der ungeliebten Republik ein, die nach den Ausführun-



Industrieller Stinnes
Aus dem Großen Topf ...

gen des Redners nur eine national-sozialistische sein durfte. Und diese Art Sozialismus gefiel den Versammelten nicht übel.

Nach einem Moment ergriffen Schweigens ließ Stinnes der Zwischenkriegsgeschichte des Großen Schmierens seine Statur und Stimme: Wenn die „deutsche Industrie-, Handels- und Bankwelt nicht willens und in der Lage“ sei, „gegen die hier aufgezeigte Gefahr eine Versicherungsprämie von 500 Millionen Mark aufzubringen, dann ist sie nicht wert, deutsche Wirtschaft genannt zu werden“.

Im Nebenzimmer billigte ein kleinerer Kapitalisten-Kreis die von Stinnes vorgeschlagene Summe und verabredete ein Umlageverfahren per „freiwilliger Selbstbesteuerung“. Schon in den nächsten Tagen flossen die ersten Schmiergelder des von einem Stinnes-Mann verwalteten „Antibolschewisten-Fonds“ – Ent-

SPD-Minister befiehlt Großreinemachen gegen links

stehung des „Großen Topfes“ von Stinnes, der bis in die dreißiger Jahre Rätsel aufgab.

Und die Gelder flossen, bis die Republik von Weimar in Scherben fiel. Sie flossen für Freikorps und bürgerliche Selbstschutzorganisationen, für völkische Studenten, Rechtschristen, Putschisten, für Attentäter, Journalisten und Fememörder bis „in die Kassen der aktiven Truppen, ja bis in die Kassen der Sozialdemokratischen Partei hinein“ (Stadtler).

Die entscheidenden Kontakte zu Deutschlands führenden Geldleuten hatte Ex-Vizekanzler Karl Helfferich vermittelt. In dessen Wohnung im Tiergarten war der abgemusterte Vizefeldwebel Stadtler stets gern gesehen, von dort wurde er mit den besten Empfehlungen an Mankiewitz weitergereicht.

Helfferich, überzeugter Anti-Parlamentarier und glühender Annexionist, verfügte als ehemaliger Bankier über einschlägige Verbindungen. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs hatte er für die Außenpolitik der Deutschen Bank, danach für die deutschen Kriegsfinanzen und schließlich als Staatssekretär für Inneres verantwortlich gezeichnet. Nun gab er sich Mühe, etwas von den am Kriege verdienten Unternehmer-Milliarden für jene abzuzweigen, die Antibol-



Freikorpsführer Pabst
... flossen die Gelder ...

schewismus predigten und antidemokratisch handelten.

Für diese Transaktion bot sich Stadtlers „konservativ-sozialistische“ Briefkastenfirma als ideal an. Er selber, bedauerte Helfferich, würde sich noch im Hintergrund halten müssen, um die neue „Bewegung“ nicht von vornherein zu kompromittieren.

Aber die konservativen Troupiers, vom rechten SPD-Flügelmann Gustav Noske gerade zum Großreinemachen gegen links befohlen, verstanden auch ohne viel Propaganda, wer hinter dem kleinen Unteroffizier mit der gutgefüllten Kriegskasse stand. Zwei Tage nach seinem Auftritt vor den Großindustriellen ließ sich Stadtler im Hotel „Eden“ bei Hauptmann Waldemar Pabst, einem der Wortführer der in Berlin eingesetzten Freikorps, zur „politischen Audienz“ melden.

Der Besucher kam gleich zur Sache: Energische Militäraktionen würden erwartet; auf Taten komme es an; wenn rechts schon keine Führer zu sehen seien, dann dürfe die Gegenseite schon gar keine haben. Keine Rosa Luxemburg, keinen Karl Liebknecht, keinen Karl Radek.

Pabst quittierte den Auftrag mit glänzenden Augen und soldatischem Händedruck: „Ich danke Ihnen sehr, auf mich können Sie sich verlassen.“ Drei Tage später ermordeten Pabst-Untergebene Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Stadtler notierte „politische Gefahrenzentren beseitigt“ und: „Ein Mann, ein Wort.“ An der Siegesfeier der Liquidatoren konnte er allerdings nicht teilnehmen, denn für diesen Tag hatte ihn Stinnes nach Düsseldorf befohlen, um ihn im „Stahlhof“ den rheinisch-westfälischen Unternehmerkollegen vorzuführen.

Die von Stinnes eingeforderte „Versicherungsprämie“ amortisierte sich rasch: Im Februar des Jahres 1919 wurde in München der unabhängige Sozialist und Ministerpräsident Kurt Eisner ermordet, am 1. Mai die bayrische Räterepublik abgeräumt.

Wo immer während der nachrevolutionären Wirren Landsknechte von der Art des Korvettenkapitäns Hermann Ehrhardt („Brigade Ehrhardt“) anzuwerben und auszustatten, wo Handgelder zu zahlen, Waffen zu kaufen, „Einwohnerwehren“ aufzustellen waren, wo immer den Mördern erst von linken, bald auch von bürgerlichen Republikanern die Verteidigung oder eine Flucht ins Ausland finanziert werden mußte – stets standen Industriegelder aus dis-



Bankier Helfferich
... bis die Republik in Scherben fiel

kreten Fonds reichlich zur Verfügung.

Dabei hätte die Industrie manchen Grund gehabt, den revolutionären Soldaten und Matrosen vom November 1918 dankbar zu sein. Denn die Aufständischen verbrannten in erster Empörung das gesamte Archiv des suspekten Reichswaffen- und Munitionsbeschaffungsamtes (WUMBA) samt allem belastenden Material. Dank der WUMBA-Beziehungen aber hatten viele Rüstungsproduzenten enorme Profite schon vor und vor allem im Ersten Weltkrieg erzielt.

Wie solche Kabinettsstücke groß angelegter Däpierung von Parlament und öffentlicher Meinung inszeniert wurden, belegt ein Vorkriegsfall: Im Jahre 1907 schickten die Deutschen Waffen- und



Ermordeter Liebknecht*: „Gefahrenzentren beseitigt“



Spartakistin Rosa Luxemburg
Verschwörung im Hotel

Munitionsfabriken nach einem Tip der WUMBA ihrem Pariser Agenten ein Geheimschreiben mit der Bitte, in einer auflagenstarken Zeitung, „möglichst im ‚Figaro‘“, folgenden Text unterzubringen: „Die französische Heeresverwaltung hat sich entschlossen, die Neubeschaffung der Armee mit Maschinengewehren erheblich zu beschleunigen und die doppelte Anzahl als zuerst beabsichtigt zu bestellen.“

Einige Tage später erschienen tatsächlich im „Matin“, im „Echo de Paris“ und auch im „Figaro“ Aufsätze über die technischen Vorzüge französischer Maschinengewehre und die daraus resultierende Überlegenheit des französischen Heeres. Die Folge: Ohne Diskussion, mit großer Mehrheit und unter WUMBA-Beifall, stimmte der Reichstag in Berlin kurz darauf für eine Nachrüstung.

Erst viel später konnte Liebknecht enthüllen, was damals geschehen war. Der Zentrumsabgeordnete und Thyssen-Lobbyist Matthias Erzberger, einer der Getäuschten, beklagte sich bitter, „wie oft hat man uns hier ... gesagt, wir brauchen diese Neubeschaffung, weil Frankreich uns soundsoviel auf diesem Gebiet voraus ist“.

Doch an Geschichten dieser Art bestand bei den Finanziers des „Großen Topfes“ kein Interesse. Noch ziemlich desorganisiert und vom Schock über die Niederlage ihrer Waffen nicht ganz genesen, betätigten sich die Unternehmer zunächst mal als Feuerwehr gegen das Überschwappen russischer Zustände auf die deutsche Arbeiterschaft. Dabei galt „als Bolschewismus schlechthin alles, was dem Großbürgertum nicht paßte“ – so später Ernst Niekisch.

Bald schienen die regierenden Sozialdemokraten eine bessere Garantie für die Wahrung großbürgerlicher Interessen zu bieten als der demagogische Bier-schwemmen-Agitator und Früh-Nazi Stadtler. Stand nicht sogar in der linken „Weltbühne“ zu lesen, Krupp gehöre zwar „schleunigst verstaatlicht“, nur sei leider „der Sozialdemokrat (nicht: Sozialist) August Müller dagegen“?

Müller, Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt, der später zu den Linksliberalen überwechselte, verkehrte als ständiger Gast in einem von Stadtler und dem späteren Herrenclub-Gründer Heinrich von Gleichen ausgehaltenen Polit-Club. Dr. Stadtler wurde daher entbehrlich. Er erhielt als Abfindung einen einträglichen Posten bei Stinnes, tauchte Anfang der dreißiger Jahre noch einmal als Führer des Stahlhelm-Studentenringes „Langemarck“ auf und landete folgerichtig bei der NSDAP.

Die Großunternehmer, seit Februar 1919 im Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) vereint, begannen sich in den neuen Verhältnissen einzurichten.

Vorsichtig kehrten sie zur schon im Kaiserreich bewährten Methode zurück, konservative und liberale Parteien zu finanzieren, notfalls auch zu kaufen. Parallel dazu investierte ein Teil von ihnen, allen voran Stinnes, weiter in den völkischen Untergrund und dessen Condottieri.

So konnte Ex-General Erich Ludendorff erst als Koordinator der gegenrevolutionären Szene agieren, nachdem ihm Stinnes eine Unterstützung in Höhe von 1,5 Millionen Mark bot. Daß sich Industrielle mit solchen Spenden bewußt im politischen Mordgeschäft engagierten, muß als wahrscheinlich gelten. Denn Ludendorff machte keinen Hehl daraus, daß er es „für die größte Dummheit der Revolutionäre“ hielt, „uns alle leben“ zu lassen. Sollte er jemals „wieder zur Macht“ kommen, gäbe es „keinen Pardon: Mit ruhigem Gewissen würde ich Ebert, Scheidemann und Genossen aufknüpfen lassen und baumeln sehen“.

Als Ludendorffs Gesinnungsfreund, der stockkonservative Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, sich im

„Ich würde mit ruhigem Gewissen Ebert aufknüpfen lassen“

Frühjahr 1920 von Königsberg auf den Weg machte, um in Berlin einen Putsch gegen die Republik zu unternehmen, steckte ein beruhigendes Schreiben der Mitteldeutschen Creditbank in seiner Tasche. Deren Königsberger Filialleiter hatte für Kapp zuvor bei Berliner Banken die „Bereitwilligkeit für unsere Bestrebungen“ erkundet – mit bestem Ergebnis: Von zehn ins Vertrauen gezogenen Bankdirektoren waren acht „geneigt“ bis „sehr geneigt“, die Bank für Handel und Industrie hatte sogar gleich „einen größeren Betrag zur Verfügung gestellt“.

Das war die Variante von Korruption, die das Leben der Weimarer Republik

* Im Berliner Leichenschauhaus, 1919.



Zentrumsführer Erzberger: Fragwürdige Spekulationen an der Börse

bestimmte und vergiftete. Das große Geld zielte aufs gesamte öffentliche Leben, dem es innerhalb von nur anderthalb Jahrzehnten die politische Moral gründlich austrieb: durch Kauf erklärter Verfassungsfeinde, Finanzierung der Rechten, Kokettieren mit der nationalen Diktatur.

Es sei das „Zeichen einer wahren Demokratie“, belehrte Stinnes den Demokraten und späteren Reichswehrminister Otto Geßler, „daß sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet“.

Als danach der erste Soldat der Republik, General Hans von Seeckt, Kontakt zu dem Putsch-Planer Ludendorff suchte, hieß der Vermittler der geheimen Zusammenkunft wiederum Stinnes, und dem Stinnes-Generaldirektor Friedrich Minoux gehörte die Treff-Villa am Berliner Wannsee – dieselbe, in der 1942 eine Geheimkonferenz von NS-Größen die Vernichtung der europäischen Juden erörterte.

„Der Machiavellismus der Stinnes und Seeckt“, charakterisiert der deutsch-amerikanische Historiker George W. F.

Den korrupten Minister zum Abschuß freigegeben

Hallgarten das korrumptierende Reizklima der ersten deutschen Republik, „geht dem Aufstieg des Nationalsozialismus zeitlich voraus oder zur Seite“. Ohne dieses „Alles ist erlaubt“, ohne dieses „Schwinden aller Moralbegriffe“ und die mähliche „Umwertung aller geltenden Rechtsanschauungen“ wäre; wohl wahr, „der spätere Führer gar nicht zu denken“ gewesen.

Von der einflußreichen Rechtspresse des ehemaligen Krupp-Generaldirektors und deutschnationalen Scharfmachers

Alfred Hugenberg freilich wurde nur solchen Politikern das Kleingeld ihrer alltäglichen Bestechlichkeit vorgerechnet, die der Jargon völkischer Hetze entweder unter die linken „November-Verbrecher“ oder ihre bürgerlichen „Erfüllungsgehilfen“ zählte: etwa dem Führer des linken Zentrum-Flügels Matthias Erzberger, der den Waffenstillstand im Wald von Compiègne mitunterzeichnet und auf Annahme des Versailler Friedensvertrages gedrängt hatte.

Helfferrich, inzwischen der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) beigetreten, machte postwendend den öffentlichen Ankläger: Erzberger sei schuldig der Hetze gegen die Schwerindustrie, der unsauberen Vermischung von politi-



General Ludendorff

„Eine Dummheit, uns leben zu lassen“

schen und finanziellen Interessen und der Nötigung zum „Schand- und Knechtschaftsfrieden“ – kurzum: „Fort mit Erzberger.“

Der auf seine Ehre bedachte Finanzminister verklagte Helfferrich wegen Beleidigung. Zwei Monate dauerte der Prozeß. Die längste Zeit davon beanspruchten 42 Fälle, in denen Erzberger Politik und Geschäft in unstatthafter Weise vermengt haben sollte; immerhin siebenmal hielt das Moabiter Landgericht den Wahrheitsbeweis für erbracht.

Die gravierendste Unlauterkeit, die gerichtsnotorisch wurde: Erzberger hatte sich als Mitglied der Waffenstillstandskommission mit Erfolg dafür eingesetzt, die deutsche Handelsflotte einem internationalen Kartell zu unterstellen: zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, wie Erzberger hoffte; leichtfertig verschenkt und unrettbar verloren, wie seine innenpolitischen Gegner argwöhnten – zu Recht, was den späteren Verlust anging.

Gleichzeitig jedoch kaufte Erzberger hundert Hapag-Aktien, um – wie er angab – in der Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß die Handelsflotte Deutschland wieder zurückgegeben werde. Als zuständiges Kabinettsmitglied wußte er längst, daß die Reedereien großzügig entschädigt werden sollten. Nachdem dies auch an der Börse bekannt wurde, zogen Hapag-Aktien an, und Erzberger machte einen Schnitt von 2120 Mark.

Aber um solche Lappalien ging es dem vaterländischen Tribunal in Wahrheit ebenso wenig wie um die Lebensmittelpakete mit Spätzle-Zutaten, die Frau Erzberger während des Krieges von einem Unternehmer aus dem schwäbischen Wahlkreis ihres Mannes erhalten und die das Gericht ebenfalls auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen hatte. Vielmehr sollte mit der Stilisierung Erzbergers als korrupt, landesverräterisch und raffgierig das Bild eines Volksfeindes mit wenigstens jüdisch klingendem Namen konstruiert werden – von der Allianz am „Großen Topf“ zum Abschuß freigegeben.

Bereits während des Prozesses verübte der entlassene Offiziersanwärter Oltwig von Hirschfeld ein Attentat auf Erzberger, das dieser knapp überlebte. Hirschfeld wurden edle Motive für seine Tat zugebilligt; seine Strafe: 18 Monate Gefängnis. Helfferrich mußte wegen fortgesetzter Beleidigung und fortgesetzter übler Nachrede gerade 300 Mark Geldstrafe zahlen; auch er, so der Richter, habe aus „vaterländischen Beweggründen“ gehandelt.

Erzberger trat von seinem Amt als Finanzminister sofort zurück. Anderthalb Jahre später, im August 1921, wurde er von zwei ehemaligen Offizieren im Schwarzwald-Kurort Bad Griesbach erschossen. Beide Mörder gehörten zur rechtsradikalen Untergrund-„Organisation Consul“, die als Auffangbecken für ehemalige Freikorps-Männer maßgeb-

Der Neue von

MAC BAREN®

MAC BAREN



GOLDEN
AMBROSIA

*Light
Aromatic*

Geschmack kann wechseln.
Die Marke bleibt

MAC BAREN®



Tobaccos of international distinction



lich aus dem Stinnes-Topf finanziert wurde; beide ließen sich später von den Nazis als „Richter Erzbergers“ feiern.

Zwei Monate zuvor war in München, wo die Erzberger-Mörder ihre Befehle erhalten hatten, der bayrische Landtags-abgeordnete Karl Gareis (USPD) erschossen worden. Und ein Jahr später starb ein weiterer „Erfüllungspolitiker“ (Helfferich) im Kugelhagel von „Con-sul“-Attentätern: Reichsaußenminister Walther Rathenau.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Männer in den Konzern-Kontoren ihr politisches Doppelspiel längst zur Perfektion entwickelt. Hugenberg und Vögler teilten sich die „Bearbeitung“ der Rechtsparteien, denn beide verfügten über

Listenplätze für die Industrie-Lobby

Schlüsselpositionen in der Kommission zur Verwaltung des industriellen Wahl-fonds: Sie schafften an und bestimmten daher auch über Ebbe oder Flut in den Parteikassen.

Für die preußischen Landtagswahlen von 1921 mobilisierten sie allein bei der westdeutschen Industrie drei bis vier Millionen Mark. 1,2 Millionen davon gingen an die Deutschnationalen, die sonst aus ordentlichen Mitgliedsbeiträgen im Jahr gerade 1,6 Millionen zur Verfügung gehabt hätten.

Während das Geld für die ultrakonservative DNVP dank Hugenberg rasch und reichlich floß, waren Spenden an die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) oft mit Auflagen verbunden: So durfte 1919 über eine Spende von 150 000 Mark nur mit Genehmigung des Stinnes-Vertrauten Vögler verfügt werden; einen Monat später bestellte der DVP-Vorsitzende Gustav Stresemann den Aufpasser der Schwerindustrie zum Schatzmeister.

Zur Reichstagswahl 1920 reklamierten die Industriellen von den fünf sicheren Plätzen der DVP-Reichsliste gleich zwei für sich; einen für den Essener Handels-kammer-Syndikus Reinhold Quaatz, der später zur DNVP wechselte und Auf-sichtsratsmitglied in Hugenbergs Zei-tungsbank wurde, und den anderen für Stinnes.

Vor allem Hugenberg betrieb lange Zeit mittels finanzieller Pression die Fusion beider Parteien, konnte sich jedoch gegen die Standesgenossen im Ruhr-Revier nicht durchsetzen, unter denen – so Vögler – die Meinung vorherrschte, „daß das getrennte Marschieren unbedingt beizubehalten wäre“.

Und eine gewisse Distanz zu Hugenberg wollten sich manche Altunternehmer wohl auch bewahren, weil sie nicht vergessen hatten, auf welche Weise der geheimnisvolle Geheime Finanzrat zu seinem gigantischen Medienkonzern ge-

kommen war: allein mit ihrem Geld und ohne eine eigene Mark.

Bereits zwei Jahre vor dem Kriege war es Hugenberg als Vorsitzendem des Bergbaulichen Vereins gelungen, dessen kapitalkräftige Mitglieder für den Urtyp aller heutigen „Staatsbürgerlichen Vereinigungen“ zu begeistern: eine zentrale Sammel- und Kontrollinstanz für Industriespenden.

Anfangs war es nicht mehr als ein „Büro Hugenberg“, das mit vom Gewinn abgezweigtem „Zweckvermögen“ Einfluß nahm – auf Parteien, Presse, Vereine, später auch Nachrichtenagenturen, Anzeigenbüros, Buchverlage, Filmfirmen und von außen kaum noch durchschaubare Beteiligungsgesellschaften.

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wurden auf diesem Weg allein 225 Millionen Mark in die Kassen der völkischen Einfluß-Agenturen gepumpt. Als Hugenberg aus Krupps Direktorium ausschied, schadete das weder seiner Machtstellung noch seinem durchrationalisierten System, großes Geld unmittelbar in politische Macht zu transformieren.

Ebenso wichtig erschien es einzelnen Unternehmern, auch unabhängig von Hugenberg und den A-fonds-perdu-Zahlungen an ihn einigen Redaktionen die Unabhängigkeit zu vergolden. So kaufte Stinnes erst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ („DAZ“) und brachte kurz darauf, heimlich und allmählich, auch die „Tägliche Rundschau“ in seinen Besitz.

Haniel-Manager Paul Reusch sicherte sich die Kontrolle über die „Münchener



Meinungsmacher Hugenberg (r.): Großes Geld in politische Macht verwandelt

Neueste Nachrichten“ und den „Fränkischen Kurier“ in Nürnberg. Ansehnliche Summen erhielt auch Paul Nikolaus Cossmann, Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“, eifernder Kolporteur der „Dolchstoß“-Legende und Chef einer Organisation namens „Gaea“, die regelmäßig Klausurtagungen für Großindustrielle und Großgrundbesitzer ausrichtete.

Über Cossmann und dessen „Gaea“ ließ Reusch sein Münchner Blatt auf Kurs halten, die „Stuttgarter Zeitung“

schmierien und süddeutsche Politiker mit Taschengeld versorgen: den rechten Zentrums-Mann Martin Spahn ebenso wie den Volksparteiler Julius Curtius, der Ende 1929 Gustav Stresemann als Außenminister ablöste. Als Franz Seldte, Anführer der 400 000 Mann starken nationalkonservativen Wehrorganisation „Stahlhelm“ und später Hitlers erster Arbeitsminister, mit seiner Limonadenfabrik vor dem Ruin stand, half auch ihm ein 50 000-Mark-Darlehen der „Gaea“ aus dem Größten heraus.

Selbst innerparteiliche Machtkämpfe orientierten sich an den Vorbildern aus dem Geschäftsleben. Ein Beispiel dafür lieferte die „Germania“-Affäre, der Fall des Sprachrohrs der Zentrums-Partei: Hauptaktionäre der „Germania AG“ mit 300 000 Mark Grundkapital waren bis Anfang der zwanziger Jahre schlesische und rheinisch-westfälische Adlige, denen der Erzberger-Kurs des Blattes zunehmend mißfiel.

Als die Grafen Schönburg und Galen Kritik laut werden ließen, wurden sie samt ihren Standesgenossen bei einer Kapitalerhöhung entmachtet: Während der Adel gerade für 100 000 Mark neue Aktien unterbrachte, zeichnete der Duisburger Industrielle Florian Klöckner allein soviel und beauftragte zudem noch einen Kölner Rechtsanwalt, verdeckt weitere 300 000 Klöckner-Mark bei der „Germania“ anzulegen.

Noch ein zweiter Großaktionär zog als Strohhalm in den neuen Aufsichtsrat ein: Ex-Staatssekretär Stefan Moesle, der in Erzbergers Auftrag für 350 000 Mark Aktien gekauft hatte. Als dies nach Erzbergers Ermordung bekannt wurde und nun offiziell seine Witwe das Aktienpaket besaß, war sie in Wirklichkeit schon wieder Strohhalm eines Drit-



Republik-Gegner Seldte, Hugenberg*: „Getrennt marschieren“

* Zeitgenössische Karikatur („Simplicissimus“).

Grünes Licht für Ihren Erfolg.



Kühler Kopf und Fingerspitzengefühl. Der Anlageberater der Schweizerischen Volksbank hat beides.

Den guten Standplatz ausfindig machen. Den richtigen Köder wählen und auswerfen. Mit ruhiger Ausdauer warten. Sobald der Fisch anbeißt, ihn mit Fingerspitzengefühl und dem richtigen Drill an Land bringen.

Ihr Anlageberater der Schweizerischen Volksbank kennt die ergiebigen Gründe im Anlagebereich. Er weiss zu warten und im richtigen Moment entschlossen zu handeln. Für Ihren Erfolg! Wenn Sie einmal bei uns in der Nähe sind, so besuchen Sie uns doch. Sie finden uns in jeder grösseren Schweizer Stadt.



SCHWEIZERISCHE VOLKSBANK

Generaldirektion: Bundesgasse 26, CH-3001 Bern

ten: des „Germania“-Verlagsdirektors Carl Spiecker.

Als diese Besitzverhältnisse herauskamen, waren auch sie schon wieder Geschichte, denn inzwischen hatte längst der Zentrums-Rechte Franz von Papen die „Germania“-Majorität an sich gebracht.

Wie sehr der krisengebeutelte Staat von Weimar der wirtschaftlichen Macht einzelner Konzerne ausgeliefert war, wurde in der Inflationszeit deutlich.

„Der Arbeiter muß länger und schwerer arbeiten“

Als der Wirtschaftsexperte Julius Bonn seinen Kanzler Joseph Wirth (Zentrum) drängte, die Währung schleunigst festzulegen, erhielt er die resignierende Antwort: „Ich werde es versuchen, aber Sie müssen vorher Hugo Stinnes überreden.“

Dafür freilich wußte der Ökonomeprofessor Bonn auch nur einen Weg: „Lassen Sie ihn verhaften und wegen Hochverrats zur Rechenschaft ziehen.“

Stinnes beherrschte zu jener Zeit mit der Rhein-Elbe-Siemens-Schuckert-Union und der Hugo Stinnes GmbH zwei Konzerne, die ihrerseits mehr als hundert Großfirmen kontrollierten. Und Stinnes spekulierte beharrlich auf Inflation, denn mit jedem Tag des Markverfalls wuchs seine Macht weiter.

Viele Geschäftemacher versuchten dem „Kaufmann aus Mülheim“ (Hugenberg über Stinnes) bei dieser „Enteignung der Nation zugunsten der Besitzer von Sachwerten“ (Hallgarten) nachzueifern: Er sei zwar „kein so großer Mann wie Stinnes“, kalauerte damals der Großindustrielle Otto Wolff, „allein auch ich bin den Banken mehrere Billionen schuldig“.

Abgesehen davon, daß ihnen die ganze Republik gründlich zuwider war, verfolgte die Mehrheit der Unternehmer vorrangig zwei wirtschaftspolitische Ziele: Im Visier waren die beiden wichtigsten sozialpolitischen Erfolge der Arbeiterparteien: Das Betriebsräte-Gesetz sollte weg und der Zehnstunden-Arbeitstag sollte wieder her.

Um möglichst viele Gewerkschafter in ihrem Sinne zu beeinflussen, investierte ein industrielles Konsortium, dem Hugenberg, Vögler, Stinnes und Thyssen angehörten, jährlich 250 000 Mark in eine gewerkschaftliche Bildungsstätte. Die Lehrgänge fanden in Spandau bei Berlin im Evangelischen Johannesstift statt; Hugenberg nahm sogar Einfluß auf die Anstellung des Lehrpersonals.

Wo sie trotz nationaler Überzeugungsarbeit nicht einsichtig werde, müsse die deutsche Arbeiterschaft „gezwungen“ werden, „länger und schwerer zu arbeiten“, verkündete Stinnes Ende September 1923 dem US-Botschafter Alanson B. Houghton. Dafür werde eine von Bayern ausgehende Bewegung, mit der sich auch die Industriellen und sämtliche

Rechtsparteien vereinigen würden, demnächst den geeigneten Diktator präsentieren.

Houghton erkundigte sich, wann mit dem Umsturz zu rechnen sei. In „zwei bis drei Wochen“, verriet der hohe Informant, „die Teilnehmer der Bewegung würden gern bis zur Kartoffelreife und bis zur Einbringung der vollen Ernte warten“.

Am 9. November 1923 – die Kartoffeln waren im Keller – riskierten Adolf Hitler und Erich Ludendorff mit ihrem Anhang in München den von Stinnes ersehnten und finanziell geförderten Staatsstreich. Doch die Putschisten scheiterten; ihre Ernte konnte einstweilen noch nicht eingefahren werden, obwohl es an Geld nicht gefehlt hatte. Noch kurz zuvor war auch Fritz Thyssen den Verschwörern mit 100 000 Goldmark beigesprungen.

Aufs große und ganze gesehen freilich ergaben die Polit-Investitionen der deutschen Großunternehmen zu diesem Zeitpunkt nicht gerade eine glänzende Bilanz: Das verzettelte nationale Lager war mit Millionenbeträgen ausgehalten worden, aber die schwarzweißbrote Diktatur, die Restauration der alten Doppelherrschaft von Industrie und Grundbesitz schien ferner als je zuvor.

Nachdem Stinnes 1924 gestorben und bald darauf sein durch Inflationskredite aufgeblähter Konzern zusammengebrochen war, bedurfte die politische Strategie des großen Geldes dringend eines neuen Koordinationszentrums. Es entstand, fast auf den Tag genau neun Jahre

„Ruhrlade“: Geheimkabinett der Schwerindustrie

nach Gründung der antibolschewistischen Liga, wiederum im geheimen: am 9. Januar 1928 in der Essener Villa Hügel der Familie Krupp.

Auf Einladung von Paul Reusch versammelten sich die zwölf einflussreichsten Männer der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie* zum ersten Treffen der „Ruhrlade“ – der „geheimnisumwobenen Industriellen-Vereinigung der Weimarer Republik“, so ihr Historiograph Henry A. Turner. Niemals, so legte die

* Erich Fickler, Generaldirektor der Harpener Bergbau AG und Aufsichtsratsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikats; Karl Haniel, Aufsichtsratsvorsitzender der Gutehoffnungshütte; Peter Klöckner, Gründer und Leiter der Klöckner-Werke AG; Arthur Klotzbach, Krupp-Direktor; Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Aufsichtsratsvorsitzender der Fried. Krupp AG; Ernst Poensgen, Direktor des „Stahlvereins“; Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte; Paul Silberberg, Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinischen AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, der Harpener Bergbau AG und Vorsitzender des Rheinischen Braunkohle-Kartells; Fritz Springorum, Generaldirektor der Hoesch AG; Fritz Thyssen, Aufsichtsratsvorsitzender des „Stahlvereins“; Albert Vögler, Vorstandsvorsitzender des „Stahlvereins“; Fritz Winkhaus, Generaldirektor des Köln-Neuessener Bergwerkvereins.

Ginsana. Und es dauert an. Der Verkaufserfolg. Die Mitarbeitermotivation. Die Gedankenblitze.

Wo höchste Konzentration verlangt wird, wenn die Nerven wie Saiten zum Reissen gespannt sind, bedarf es einer erhöhten Anpassungsfähigkeit des Organismus. Die in Ginsana G115 enthaltenen Substanzen helfen externe Belastungen durch Verbesserung des Anpassungsvermögens zu überwinden. Sie werden aus der Arzneipflanze Panax Ginseng C. A. Meyer gewonnen, sind optimal dosiert und standardisiert. Ginsana gibt's rezeptfrei in der Apotheke.



GINSANA G115

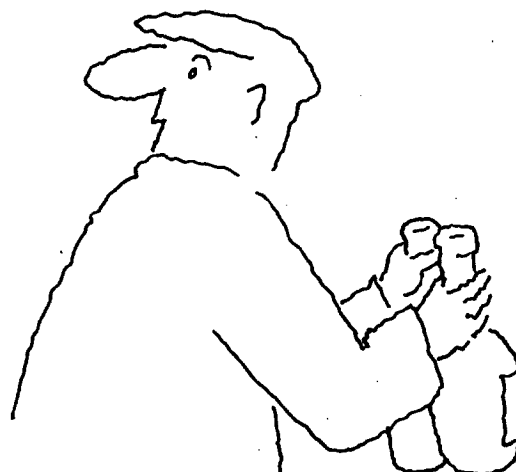
ein Naturprodukt, wirkt ohne Nebenwirkungen

Ginsana – zur körperlichen und geistigen Leistungssteigerung, gegen Müdigkeit, Schwäche- und Erschöpfungszustände, gegen Störungen der Konzentrationsfähigkeit, gegen Nervosität, in der Rekonvaleszenz, zur Unterstützung von Herz und Kreislauf, zur Förderung des allgemeinen Wohlbefindens.
W. Weimer GmbH, Rastatt, in Lizenz der GPL Ginseng Products Ltd., Lugano/Schweiz



Solange die Normannen
uns noch etwas von
ihrem geliebten **Calvados**
abgeben, sollten Sie das
einfach schamlos ausnutzen.

*Calvados ist etwas Feines.
(Offizielle Meinung des Bureau National
Interprofessionnel des Calvados.)*





Reusch



Silverberg



Springorum

Proklamation

an das deutsche Volk!

Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin ist heute für abgesetzt erklärt worden.

Eine
provisorische deutsche Nationalregierung
ist gebildet worden, diese besteht aus
Gen. Ludendorff
Ad. Hifler, Gen. v. Lossow
Obsl. v. Seisser



Thyssen



Krupp von Bohlen und Halbach



Klöckner

„Ruhrlade“-Industrielle, Plakat der NS-Putschisten 1923: Für Hitler 100 000 Goldmark

Satzung fest, dürfe es mehr als zwölf „Ruhrlade“-Hüter geben. Die Treffen fanden reihum monatlich in den Stadtvillen und Landhäusern der Mitglieder statt. Für Zuwahlen nach Tod oder Rücktritt war Einstimmigkeit vonnöten. Es gab einen Präsidenten und Schriftführer (Reusch), daneben einen stellvertretenden Schriftführer und Kassenwart (Springorum) – soweit ein normaler deutscher Verein.

Freilich einer, der sich nicht mit Bierisch-Strategie begnügen mußte, sondern gleich nach der Gründung seine Generalstabstätigkeit aufnehmen konnte: beim „Ruhreisenstreit“ um gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitszeitforderungen im Herbst 1928, als die Schwerindustrie trotz verbindlichen Schlichter-Schiedsspruches schlagartig 230 000 Arbeiter aussperrte.

Die „Ruhrlade“-Mitglieder beschlossen, auch die zentrale Aufsicht über die Schmieregeld-Fonds der Schwerindustrie zu übernehmen und – wenigstens für die „Eisenseite“ – die Höhe der Einzelbeträge sowie die Vergabekriterien festzulegen. Als „oberster Säckelmeister“ fungierte Springorum, der auch die auf der „Kohlenseite“ vom Bergbau-Verein akquirierten Mittel mitkontrollierte.

Obwohl für diese diskreten Transaktionen keine Buchhaltung existierte, hat Turner nach Unternehmer-Korrespondenzen eine Rekonstruktion der Partei-

finanzierung durch die „Ruhrlade“ versucht. Danach beliefen sich die unter der Tarnbezeichnung „Konto Wirtschaftlichkeitshilfe“ bewegten Mittel allein zwischen 1928 und 1930 auf insgesamt rund vier Millionen Mark – für die Jahre des knappen Geldes eine immense Summe.

Mit den Parteien hatte über Leistung und Gegenleistung meist der Berliner Vertreter der Gutehoffnungshütte, Martin Blank, zu verhandeln. Den „Ruhrlade“-Spendern galt Stahlhelm-Mitglied Blank als unersetzlicher Kontaktpfleger, und die Führungsmänner der Rechtsparteien umwarben ihn als wichtigsten Geldbeschaffer. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte Blank zu den Gründern der FDP und vertrat sie und die Gutehoffnungshütte acht Jahre lang im Bundestag.

Von dem verschworenen „Ruhrlade“-Dutzend gehörten drei (Krupp, Silverberg, Vögler) zur Deutschen Volkspartei, zwei (Springorum, Thyssen) zu den Deutschnationalen und Klöckner zum katholischen Zentrum. Etwa in diesem Verhältnis flossen zunächst mit Zustimmung der Parteilos auch die Einflußgelder.

So bewilligte die „Ruhrlade“ den Deutschnationalen allein für die Reichstagswahlen des Jahres 1928 einen Zuschuß von 200 000 Mark – fast die Hälfte des gesamten DNVP-Wahlfonds. Genug

jedenfalls, um in entsprechend kleinere Korruptionsmünze gewechselt zu werden und jeder schlesischen Arbeiterfamilie drei Mark als kleinen Wahlenreiz auszuloben. Die Sozialdemokraten mußten sich derweil mit dem Versprechen strikter Unbestechlichkeit begnügen und als Symbol ihrer Reinheit 500 000 Seife-
stückchen unters Wählvolk verteilen lassen.

Selbstverständlich hatten die Wohltäter von der „Ruhrlade“ ihre Spende an die DNVP mit konkreten Wünschen verbunden: Vier dem schwerindustriellen Geheimkabinett angenehme Kandidaten sollten dafür sichere Listenplätze erhalten und auf jeden Fall vor Hugenbergs Favoriten placiert werden.

Die Deutschnationalen steckten das Geld ein, versprachen alles und hielten wenig. Ein halbes Jahr später kürten sie den Konkurrenten Hugenberg auch noch zum Parteivorsitzenden.

Doch die „Ruhrlade“-Mitglieder begaben ihren Groll rasch. So konnte Hugenberg schon bald nach seiner Wahl einem Freund anvertrauen: „Mit der westlichen Industrie bin ich augenblicklich so einig wie je zuvor.“

Im nächsten Heft

Unternehmer auf NS-Kurs: Geheimrat Kirdorf macht die Türen auf – Korruption und Propaganda – Der „Keppler-Kreis“